

Benedict Ugarte Chacón

Überforderte Populisten

Die Fraktionen von FDP und AfD im Abgeordnetenhaus
von Berlin und ihr Beitrag zur Flughafenpolitik



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Benedict Ugarte Chacón

Überforderte Populisten

Die Fraktionen von FDP und AfD
im Abgeordnetenhaus von Berlin und
ihr Beitrag zur Flughafenpolitik



BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtes ist unzulässig und strafbar.

Hinweis: Sämtliche Angaben in diesem Fachbuch/wissenschaftlichen Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung und Kontrolle ohne Gewähr. Eine Haftung der Autoren oder des Verlags aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

© 2018 BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH,
Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin,
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Internet: <http://www.bwv-verlag.de>

Druck: docupoint, Magdeburg

Gedruckt auf holzfreiem, chlor- und säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN Print: 978-3-8305-3918-6

ISBN E-Book: 978-3-8305-4076-2

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Anmerkungen zum Untersuchungsgegenstand	9
3. Anmerkungen zum Projekt Flughafen Berlin Brandenburg (BER)	15
4. Zur Finanzierung des Projekts BER	20
5. Instrumente des Abgeordnetenhauses zur Regierungskontrolle	22
6. Programmatische Äußerungen der FDP Berlin zum Themenkomplex BER	27
7. Programmatische Äußerungen der AfD Berlin zum Themenkomplex Flughafen Berlin Brandenburg	29
8. Der Volksentscheid zum Weiterbetrieb des Flughafens Tegel	31
8.1 Unterstützung durch Ryanair oder Unterstützung von Ryanair?	41
8.2 Falsche Angaben in den amtlichen Unterlagen zum Volksentscheid am 24. September 2017	43
8.3 Nachträgliche Unterstützung durch die FDP Brandenburg	46
8.4 Der Volksentscheid „Berlin braucht Tegel“ als Missbrauch der direkten Demokratie	48
9. Die Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin	50
9.1 Forderungen der FDP-Fraktion im Rahmen ihrer Flughafenpolitik	50
10. Die Fraktion der AfD im Abgeordnetenhaus von Berlin	53
10.1 Forderungen der AfD-Fraktion im Rahmen ihrer Flughafenpolitik	54
11. Die Arbeit der Fraktion der FDP zur Flughafenpolitik	61
11.1 Antrag: Berlin braucht Tegel – Tegel-Offenhaltungs-Gesetz	61
11.2 Antrag: Umsetzung des Volksentscheids „Berlin braucht Tegel“. Bürgervotum ernst nehmen – Zeit zum Handeln!	63
11.3 Antrag: Schlussfolgerungen aus dem Volksentscheid: Bebauung der Elisabeth-Aue endlich vorantreiben	65

11.4	Antrag: Schlussfolgerungen aus dem Volksentscheid: Abrissmaßnahmen der Flughafenbrücke in Tegel sofort stoppen	66
12.	Weiteres Engagement der FDP-Fraktion	69
13.	Die Arbeit der Fraktion der AfD zur Flughafenpolitik	73
13.1	Antrag: Flughafen BER an die Innenstadt anschließen: U7 verlängern	73
13.2	Antrag: Volksentscheid „Berlin braucht Tegel“ – Vorschlag des Abgeordnetenhauses	74
13.3	Antrag: Einrichtung eines Sonderausschusses	75
13.4	Antrag: Flughafen Tegel „Otto Lilienthal“ unverzüglich an das U-Bahnnetz anschließen!	79
13.5	Antrag: Doppelbetrieb TXL und SXF/BER prüfen	80
13.6	Antrag: Flughafen Tegel im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion berücksichtigen, Landesplanung neuen Erfordernissen zügig anpassen!	81
13.7	Exkurs: Das geheimnisvolle „PwC-Gutachten“	82
13.8	Weiteres Engagement der AfD-Fraktion	86
14.	Der Untersuchungsausschuss BER II	91
15.	Fazit	100
16.	Literatur	103
17.	Abkürzungen	113

1. Einleitung

Das Thema Flughafen Berlin Brandenburg – kurz: BER – scheint von zeitloser Aktualität zu sein. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht Meldungen durch die Medien ziehen, welches tatsächliche oder vermeintliche Missgeschick nun schon wieder mit der Errichtung des Flughafens einhergegangen ist. Schwerpunkt dieser Publikation soll jedoch nicht der BER oder seine Errichtung sein, sondern der Umgang der Abgeordnetenhaus-Fraktionen von FDP und AfD damit. Denn auch wenn das Thema BER zumindest medial nicht mehr zur großen Aufregung taugt, so transportieren doch die Äußerungen aus Richtung der genannten Fraktionen immer eine Spur von Empörung mit. Dies mag zu einem weiten Teil dadurch begründet sein, dass der BER sowie die Berliner Flughafenpolitik insgesamt für neu ins Parlament eingezogene Oppositionsfraktionen vergleichsweise einfach zu bespielende Bereiche sind – zumindest, wenn man Empörung transportieren will. Doch wie sieht es mit der parlamentarischen Arbeit der genannten Fraktionen zu diesen Themenbereichen aus? Um es vorwegzunehmen: Äußerst dürftig. Während die FDP-Fraktion sich bspw. beim Schreiben von Anträgen sehr zurückhält, bewegen sich die Anträge der AfD-Fraktion auf einem fachlichen Niveau, das durchaus gesteigert werden könnte. Die tatsächliche Arbeitsleistung der genannten Fraktionen steht im Gegensatz zur eigenen Stilisierung einerseits als „Tegelretter“ und andererseits als Kraft des „politischen Realismus“. Beide Fraktionen verfolgen, so die These, im Zusammenhang mit ihren Beiträgen zur Flughafenpolitik zwar unterschiedliche aber dennoch gleichsam populistische Ziele. Während es dem Personal der einen um den schnellen und leichtverdaulichen Effekt geht, versuchen die anderen sich als aufrechte Vollstrecker eines imaginierten Volkswillens zu gerieren.

Wir wollen uns in dieser Publikation mit programmatischen Äußerungen der Parteien FDP und AfD zur Flughafenpolitik sowie ihrer parlamentarischen Praxis auseinandersetzen. Es werden hierzu nicht sämtliche Beiträge, Anträge oder parlamentarischen Befassungen im Zusammenhang mit dem Berliner Flughafensystem behandelt. Es geht uns auch nicht um eine Klärung von grundsätzlichen politischen oder rechtlichen Fragen in diesem Zusammenhang, wie es die Behandlung des Flughafens Tegel und des dazugehörigen Volksentscheids als ewige Streitthemen nahelegen könnte. Vielmehr soll an beispielhaften Beiträgen von FDP- und AfD-Fraktion gezeigt werden, welchen Gehalt die parlamentarische Arbeit der Fraktionen jeweils hat. Die vorliegende Publikation bewegt sich auf dem Stand von Juli 2018.

Kurz zum Verfasser: Es wird in der Literatur zurecht darauf verwiesen, dass Forschende den eigenen Standpunkt offen legen sollten, falls sie sich auch in anderen Zusammenhängen mit dem Forschungsfeld befassen oder ggfs. hierzu politisch Po-

sition beziehen.¹ Dem nachkommend sei darauf verwiesen, dass der Verfasser von 2012 bis 2016 als Referent für die Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus im Untersuchungsausschuss BER arbeitete und seit 2017 in der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa als Referent für Angelegenheiten der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH beschäftigt ist. In diesem Zusammenhang ist er im Auftrag der Verwaltung u. a. auch mit der Vorbereitung diverser Gremiensitzungen der Flughafengesellschaft befasst und verfolgt regelmäßig Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhauses von Berlin. Die hier wiedergegebenen Wertungen sind als private Meinungsäußerungen zu verstehen. Weiterhin nimmt der Verfasser für sich in Anspruch, durchaus parteilich zu argumentieren, was einer sich als kritisch verstehenden Politikwissenschaft eher zu- als abträglich sein dürfte.²

Berlin, im August 2018

1 Vgl. Maria Behrens, Quantitative und qualitative Methoden in der Politikfeldanalyse. In: Klaus Schubert/Nils C. Bandelow, Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München 2003, S. 228.

2 Vgl. Michael Th. Greven, Aktualität und Bedeutung einer kritischen Politikwissenschaft nebst Bemerkungen zur Pluralismustheorie. In: Rainer Eisfeld (Hrsg.), Streitbare Politikwissenschaft, Baden-Baden 2006, S. 10 f.

2. Anmerkungen zum Untersuchungsgegenstand

Da diese Veröffentlichung die Populisten im Titel trägt, seien hier einige kurze Ausführungen gemacht: Folgen wir Decker, so liegt das eigentliche Problem im Umgang mit diesem Begriff

„in der Unschärfe und scheinbaren inhaltlichen Beliebigkeit des Populismus, der historisch und gegenwärtig auf ganz unterschiedliche Gruppen, Personen, Ideologien, Verhaltensweisen und Äußerungsformen angewandt worden ist.“³

Bilde man eine Schnittmenge aus unterschiedlichen Spielarten, so stehe

„im Zentrum des Populismus-,Syndroms‘ der Rekurs auf das einfache ‚Volk‘ und die Kritik am ‚Establishment‘. Gemeint sind dabei, wenn vom Volk die Rede ist, immer die kleinen Leute, deren Wohl durch die herrschenden Eliten angeblich verletzt wird. Das Weltbild der Populisten entspricht mithin einer klaren Feindlage: hier das rechtschaffene Volk, dort die bösen Konzerne, Parteien, Regierungsapparate und sonstigen Machtblöcke, die sich gegen dessen Interessen verschworen haben.“⁴

Populismus kann weiterhin als ein substanzloses Phänomen verstanden werden, dem ein zentrales, ihm eigenes Wertesystem abgeht. Als zyklisch auftretendes Phänomen passe er sich „permanent neuen Bezugssystemen an und setzt sich zu ihnen in eine Anti-Haltung.“⁵ Zu den von Priester herausgearbeiteten Wesensmerkmalen des Populismus gehören die „Berufung auf den *common sense*, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik“⁶ (Hervorhebung i. O.). Der Rückgriff auf den „gesunden Menschenverstand“ und eine Aversion gegen die „Bevormundung“ des Volkes seien ebenso kennzeichnend.⁷

Es stellt sich zwar allgemein die Frage, ob die gegenwärtige Parteipolitik insgesamt nicht immer wieder und in unterschiedlichen Zusammenhängen auch verstärkt populistische Elemente enthält. Doch da es hier um die Arbeit der Fraktionen von FDP und AfD im Abgeordnetenhaus von Berlin gehen soll, dürfen wir feststellen, dass letztere klar dem Rechtspopulismus zuzuordnen ist (s. u.) und erstere insbesondere im Zusammenhang mit dem Volksentscheid „Berlin braucht Tegel“ aber auch in ihren sonstigen Beiträgen und Äußerungen zur Flughafenpolitik einen mehr oder weniger klar populistisch ausgerichteten Kurs fährt. Hierzu gehört nicht nur die inhaltlich dürftige aber mit starken Worten immer wieder vorgetragene Berufung auf

3 Frank Decker, Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Frank Decker (Hrsg.), Populismus in Europa, Bonn 2006, S. 12.

4 Ebd.

5 Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 5–6/2012, S. 3.

6 Ebd. S. 4.

7 Ebd.

das Ergebnis jenes Volksentscheids, welches schließlich den wahren Willen „der Berliner“ ausdrücke, dem sich die Landesregierung nicht beugen wolle. Dass mit dem Volksentscheid schwer oder gar nicht umsetzbare Versprechungen⁸ seitens der Initiator/innen einhergingen und zum Teil irreführende und sachlich falsche Angaben gemacht wurden (s. Kap. 8.2) deuten wir als Beleg dafür, dass hier der Effekt für wichtiger als der Inhalt erachtet wurde. Gleiches gilt für den maßgeblich von der FDP-Fraktion vorangetriebenen Untersuchungsausschuss „BER II“ (s. Kap. 14). Hier äußerte sich der Fraktionsvorsitzende Sebastian Czaja mehrfach so, wie es den o. g. Merkmalen des Populismus entspricht – nämlich im Sinne einer moralisierenden und anti-elitären Ausrichtung: So bezeichnete er zum Beispiel in einem Facebook-Post im Zusammenhang mit dem Flughafen Tegel die Landesregierung, deren Politik einem „Bodensatz“ entspringe, als „machtverliebt“. Sie wende „schmutzige Tricks“ an, jedoch würde sie „uns“ nicht „klein kriegen“. „Lügen und Ungereimtheiten“ wolle man im Untersuchungsausschuss „BER II“ „aufdecken“.⁹ Während einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz am 24. Mai 2018 suggerierte Czaja, die Landesregierung würde dem Parlament im Rahmen der Flughafenpolitik unehrliche Antworten geben, weswegen „ich die Strafprozessordnung bei dieser Regierung brauche“, was nur im Rahmen eines Untersuchungsausschusses ginge. Dieser würde benötigt, um „endlich genau an dieser Stelle Klarheit zu bekommen und aufzuräumen“.¹⁰ Das starke Vokabular Czajas steht, wie wir sehen werden, in einem deutlichen Gegensatz zur inhaltlichen Qualität der Arbeit seiner Fraktion.

Nicht für bare Münze zu nehmen seien laut Decker die Proklamationen von Populisten, die sich auf direktdemokratische Beteiligungsformen beziehen. Hier würde in erster Linie der Zweck verfolgt, „das Volk gegen die herrschende Elite in Stellung zu bringen“.¹¹ Dabei seien Elemente direkter Demokratie mit der populistischen Demokracieauffassung schwer in Einklang zu bringen, da sie deren Ausrichtung letztlich zuwiderliefen:

„Im Kontext der repräsentativen Institutionen und des parlamentarischen Parteienwettbewerbs würden sie aber eher in Richtung Konsens und Interessenausgleich wirken, also das Gegenteil von dem bezwecken, was die populistische Demokratie propagiert.“¹²

8 Hierzu rechnen wir die permanent von Vertreter/innen der FDP aber auch der AfD öffentlich transportierte Haltung, es sei lediglich eine Frage des politischen Willens, den Flughafen weiter zu betreiben. Hierbei werden allzu oft rechtliche und weitergehende strukturelle und politische Aspekte außer Acht gelassen bzw. von den genannten Akteur/innen nicht weiter berücksichtigt und die Problematik somit insgesamt unsachgemäß verkürzt.

9 <https://www.facebook.com/czaja.sebastian/photos/a.227612627279264.57506.227292860644574/2251560961551077/?type=3&theater> (Stand: 26.07.2018).

10 Abgeordnetenhaus von Berlin, 18. WP, Wortprotokoll UmVerk 18/22, S. 19.

11 Frank Decker (Die populistische Herausforderung) S. 27. Vgl. auch Marcel Lewandowsky, Alternative für Deutschland (AfD). In: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2017, S. 167.

12 Frank Decker (Die populistische Herausforderung) S. 27.